GEMEINDE WETTINGEN

wettingen

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 22. Januar 2004, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Marcel Huggenberger, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 45
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Franz Hard, Schulpflegepräsident
Evelyne Erismann, Gemeindeschreiber-Stv.

Protokoll: Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

Entschuldigt Stephan Frey, Mitglied des Einwohnerrates
Stefan Meier, Mitglied des Einwohnerrates
Thomas Meier, Mitglied des Einwohnerrates
Susanne Rudolf von Rohr, Mitglied des Einwohnerrates
Andreas Rufener, Mitglied des Einwohnerrates

Traktanden:

1. Inpflichtnahme Aebi Rolf, Gellert Karin und Würmli Reto
2. Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2003
3. Einbürgerung; Kalakovic-Dzubic Sabaheta, geb. 18. Januar 1977, Kalakovic Asim, geb. 24. September 1974, Kalakovic Emina, geb. 28. Februar 1998, alle bosnisch-herzegowinische Staatsanghörige, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyssig-Strasse 45
4. Kreditabrechnung von Fr. 12'391'245.50 für den Neubau der Heilpädagogischen Schule Schartenboden
5. Kreditantrag über Fr. 141'000.00 für den Umbau/Ausrüstung Büros für Steueramt und Sozialabteilung
6. Kreditbegehren von Fr. 942'194.00 für die Anschaffung eines Hubretters (Ersatz Autodrehleiter ADL 72)
7. Kreditbegehren von Fr. 940'000.00 für die Erneuerung und Sanierung der Kanalisation sowie Instandstellung der Winkelried-/ Rütli-/ Pilatus-/ Rigistrasse
8. Definitive Weiterführung der Schulsozialarbeit sowie Erhöhung des Stellenplanes
9. "The Club"; Auswertung der ersten zwei Betriebsjahre
10. Postulat Weber Marianne vom 6. November 2003 betreffend Stickoxidmessungen in der Wettinger Luft, Abschlussbericht; Überweisung

11. Postulat Markus Maibach vom 26. Juni 2003 betreffend Kunst am Kreisel; Überweisung

Einwohnerratspräsident: Zur heutigen ersten Sitzung des Einwohnerrats Wettingen heisse ich Sie alle willkommen. Sie haben mich am 11. Dezember 2003, ein Tag nach der denkwürdigen Bundesratswahl, zum "höchsten Wettinger" gewählt. Ich bedanke mich nochmals herzlich für diese Ehre und das Vertrauen und werde versuchen, diese nicht immer leichte Aufgabe lustvoll, effizient und ernsthaft auszuführen.

Allein kann ich dies natürlich nicht. Es braucht ein Team. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit meinem Vize Werner Wunderlin (CVP), der als Jurist sicher beruhigend wirken kann. Die Stimmenzähler Andreas Emil (EVP) und Reto Würmli (FDP) gehören ebenso zum Team wie Urs Blickenstorfer zu meiner Linken, welcher als "Routinier" ein möglichst genaues Protokoll verfassen wird.

Bei der Wahl hat mein Vorgänger mir einen roten Kompass mit den Worten: "Damit wir nicht die Richtung verlieren", geschenkt. Ein guter Satz, über den sich lohnt etwas nachzudenken. In welcher Richtung dreht sich die Welt? Wann werden die Menschen endlich vernünftiger – gehen anders miteinander um? Politiker wie Berlusconi, Le Pen, Haider, Bush etc. stimmen mich leider nicht zuversichtlich. Ebensowenig wie die vielen nach wie vor bestehenden Kriege und Terroranschläge. Geld, Wirtschaftsmacht und Fanatismus, oft unter dem Deckmantel Religion, regiert die Welt. Sicher eine falsche Richtung! Leider können wir an dieser Weltsituation als Einzelpersonen nichts ändern. Auch der Schweiz, mit ihrem föderalistischen System, können wir nur schwerlich eine andere Richtung geben. Am 10. Dezember 2003 wurde durch das Parlament eine neue Richtung vorgegeben. Ist dies die richtige Richtung?

Der Spardruck wird sich weiter vom Bund stark auf die Kantone und schlussendlich auf die Gemeinden auswirken. Bekanntlich beissen den letzten die Hunde. Der Spaargau hat dies schon in einer ersten Runde praktiziert. Sparen bei der Bildung, im Gesundheits- und Sozialwesen. Ist dies die richtige Richtung? Der Sparwahn setzt sich auch in den Gemeinden fort. Auch in Wettingen! Die Sparwut zeigte sich in der Budgetdebatte 2004 sehr deutlich; da wurden wieder Erbsen gezählt, dass es mir grauste! Zusätzlich wurde eine Steuersenkung von 3 % durchgeboxt. Jetzt können wir stolz die tiefste Steuerrate von 92 % im Bezirk vorweisen. Aber, ist dies die richtige Richtung?

Wie kann ein Wirtschaftsaufschwung stattfinden, wenn alle und auch die öffentliche Hand sparen, ängstlich und vorsichtig sind, die Devise haben: ja nichts investieren, wenn es nicht wirklich notwendig ist. Überall wird Personal abgebaut. Weniger Personal, weniger Stellen bedeuten mehr Arbeitslose. Diese landen nach 400 Tagen beim Gemeindesozialamt. Was passiert dann mit diesen Menschen? Was passiert mit den vielen jungen Menschen, die keine Lehrstelle finden oder nach der Schule oder Lehre auf der Strasse stehen? In der Gemeinde muss es beginnen!

Mit sparen bis zum Abwinken verschärfen wir aber diesen Teufelskreis. Dies kann doch nicht die richtige Richtung sein! Warum muss vernünftiger Sparwille in Sparwut und Sparwahn ausarten? Es ist doch für die grösste Gemeinde des Spaargaus beschämend, noch Nettoinvestitionen von 1,7 Mio. Franken zu tätigen und somit finanzieller Musterknabe des Kantons zu sein. Dabei gibt es noch so viel zu tun in Wettin-

gen! Ein paar Beispiele: Wir haben einem sehr guten Kulturkonzept zugestimmt, jetzt stellt sich heraus, dass der Berg eine Maus geboren hat. Kultur ist gut, darf aber nichts kosten. Das Friedhofsschulhaus und der angrenzende Friedhof dösen weiter vor sich hin. Aber schliesslich haben wir das Gluri-SuterHuus.

Der Brühlpark vergammelt zusehends. Ein Postulat von Roland Brühlmann dazu wurde am 11. Dezember 2003 eingerichtet. Die Baugebietsabgrenzung Ost wird in nächster Zeit sicher wieder aktuell, wobei aber zwei unterschiedliche Initiativen aufeinanderprallen werden. Das Rathaus, damals 1959 ein visionärer Bau, beginnt langsam aus allen Nähten zu platzen. Die zweite Verkehrsachse Zentralstrasse wird sicher auch ein Thema sein. Am Güterbahnhof besteht schon lange Handlungsbedarf, wie auch die SBB-Haltestelle Tägi ein Dauerbrenner ist. Solche Dauerbrenner bestehen auch im Bildungsbereich; Blockzeiten mit Mittagstisch und die Tagesschule, welche schon lange fällig wären. Es fehlen auch Kinderbetreuungsmöglichkeiten und andere familienfreundliche Angebote. Für das Standortmarketing sehr wichtig ist auch die Gestaltung der Landstrasse mit den beiden Kreiseln Staffel- und Zwyssig-Strasse und dem Zentrumsplatz.

Das halbherzige Landstrasse-Projekt wurde zwar vom Stimmvolk verworfen. Dies bedeutet für mich aber nicht, dass wir jetzt die Hände in den Schoss legen müssen. Es ist dringlich, dass wir endlich ein Zentrum haben. Der Architekt Adi Meyer fasste im Protokoll des Einwohnerrates vom 13. Dezember 1979 30 Jahre Zentrumsplanung wie folgt zusammen: "Heute besteht das Zentrum aus einem Lichtmast der mitten auf der Kreuzung Zwyssigstrasse steht" (Zitatende). Heute steht er im Kreiselprovisorium. Der Historiker Bruno Meier widmete dieser Thematik in den Badener Neujahrsblättern 2002 unter dem Titel "Wettingen und seine Suche nach dem Zentrum" 12 sehr informative Seiten. Dem Zentrumsplatz wurde zwar zugestimmt, aber dieser muss sorgfältig und gut gestaltet werden – auch wenn es etwas kostet! Sind dies richtige Richtungen?

Liebe Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Ratskolleginnen und -kollegen. Wir alle sind vom Volk gewählte Vertreter. Es ist unsere Pflicht, mit den anvertrauten Steuergeldern effizient und sparsam umzugehen. Dazu stehe ich auch. Wir wurden aber nicht gewählt um die Gemeinde totzusparen und nur zu verwalten. Eine Gemeinde ist kein Unternehmen! Sie hat einen guten Service Public für die Einwohner zu bieten. Die Einwohner müssen sich sicher und wohl fühlen in der Gemeinde; die Strassen und Plätze müssen sauber sein. Für viele Leute ist es aber auch wichtig, sich mit der Gemeinde zu identifizieren, stolz zu sein, nicht nur wegen der guten Infrastruktur gerne hier zu leben. Die grösste Aargauer Gemeinde sollte endlich das Aschenputtel- und Schlafgemeinde-Image abschütteln und selbstbewusst, offen, dynamisch, mutig und ideenreich auftreten. Wo sind die Visionen aus den 50iger und 60iger Jahren geblieben? Auch Wettingen kann im Kanton eine Vorreiterrolle übernehmen und Visionen entwickeln. Wir brauchen dazu sicher kein Casino, keinen Kurpark und auch kein Trafo. Wettingen hat viele andere Qualitäten wie die Klosterhalbinsel, die modernen Schulen, die besten Einkaufsmöglichkeiten, ein vielseitiges, gutes einheimisches Gewerbe, ausgezeichnete Sporteinrichtungen wie das Tägi-Sportzentrum, ein riesiges Vereinsangebot usw.

Ich war im Dezember in der Atelier-Ausstellung des in Wettingen lebenden USA-Künstlers John Myers. Da hatte es fast nur sehr grossflächige Bilder. Die einzigen vier kleinen Bilder waren Wettingen gewidmet und hiessen "Wettinger Walks". Da habe ich mir gedacht: Typisch Wettingen – immer klein und bescheiden sein, dabei hat man eigentlich viel zu bieten, aber niemand weiss davon!

Ich wünsche mir in den nächsten zwei Jahren einen offenen, sachlichen Ratsbetrieb mit vielen mutigen, neuen Ideen. Ich rufe Sie alle im Saale auf, nicht zu verhindern sondern zu gestalten. Mehr individuelles, statt reines Fraktionsdenken. Mehr aktives als passives Verhalten. Eine zukunfts- statt eine rückwärtsgerichtete Politik. Lieber etwas unternehmen als ständig zu unterlassen. Seien wir selbstbewusst, krempeln wir die Ärmel hoch, packen wir es an. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass uns der Kompass die richtige Richtung zeigt.

0 Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzungen vom 6. November 2003, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Traktandenliste

Einwohnerratspräsident: Die Traktandenliste ist noch durch das Postulat Markus Maibach betreffend Kunst am Kreisel ergänzt worden. Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Das Postulat wird als Traktandum 11 behandelt.

0.c Neueingänge

0.c.a Postulat Dr. Markus Dieth vom 22. Januar 2004 betreffend Anpassung des Kostenrahmens der Grundgebühr in der Abwasserbeseitigung

Der Gemeinderat wird ersucht, die Anpassung des Ansatzes Grundgebühr auf neu Fr. 50.00 bis max. Fr. 200.00 und gleichzeitig eventueller Reduktion der Anschlussgebühr zu prüfen.

Begründung

1. Ausgangslage:
Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2001 wurden die Anpassung des Abwasserreglements bzw. das neu vorgelegte Abwasserreglement mit 38 Ja, zu 2 Nein, bei 5 Enthaltungen, vom Einwohnerrat genehmigt.

Die Einnahmen der Abwasserbeseitigung basieren danach auf einer Verbrauchsgebühr, einer Grundgebühr, einer Anschlussgebühr sowie der Abgeltung Strassenentwässerung.

Die Grundgebühr wurde mit dem neuen Abwasserreglement neu eingeführt. Damit soll die Infrastruktur, die jeder beansprucht, bezahlt werden; gleichzeitig soll aber auch die langfristige Finanzierung des gesamten Kanalisationsnetzes mit den notwendigen Sanierungen und Erneuerungen sichergestellt werden.

2. Einnahmenübersicht Abwasserbeseitigung 1997 - 2003:
Heute steht fest, dass die ursprüngliche Annahme des Gemeinderates, die Tilgung der noch nicht refinanzierten Erstellungskosten würde 15 bis 18 Jahre dauern, zu pessi-

mistisch war. Sämtliche Erstellungskosten (Stand Mai 2001: 8,9 Mio.) konnten zwischenzeitlich refinanziert werden.

3. Bemessung der Gebühren:
Die Anschlussgebühr sollte beibehalten werden. Sie wird bereits dann erhoben, wenn ein Grundeigentümer die Möglichkeit des Anschlusses besitzt, weil damit ein wirtschaftlicher Sondervorteil entsteht. Die Verbrauchs- und Grundgebühren sind für die Benutzung der Abwasseranlagen zu entrichten.

Statt die Anschlussgebühr aufzuheben, entspricht es dem Verursacherprinzip und der Gleichbehandlung, die Grundgebühr nach Deckung der Finanzierung der Erschliessungsanlagen sowie der Kosten der Abwasserbeseitigung mit einem angemessenen Ansatz der Grundgebühr den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen. Es entspricht nicht dem Verursacherprinzip, wenn die Grundgebühr auf einem Niveau gehalten wird, bei welchem dies zu massiven finanziellen Überschüssen in der Abwasserbeseitigung führt, und dann noch gleichzeitig vollständig auf die Erhebung der Anschlussgebühr verzichtet würde.

Der Gesamtertrag der Gebühren in der Abwasserbeseitigung darf die gesamten Kosten dieses Verwaltungszweiges nicht übersteigen (Kostendeckungsprinzip). Die Gebühren müssen in einem vernünftigen Verhältnis zum Wert stehen, den die staatliche Leistung (hier Abwasserbeseitigung) für den Abgabepflichtigen hat (Äquivalenzprinzip). Dies kann nach dem Nutzen, den diese dem Pflichtigen bringt und/oder nach dem Kostenaufwand der konkreten Inanspruchnahme der Verwaltung im Verhältnis zum gesamten Aufwand des entsprechenden Verwaltungszweiges bemessen werden. Die Gebühren müssen also Kausalabgaben sein, die der Bürger kraft öffentlichen Rechts als Entgelt für eine bestimmte staatliche Gegenleistung (hier Abwasserbeseitigung) zu bezahlen hat. Im Gegensatz dazu sind Steuern voraussetzungslos geschuldet.

Durch einen zu hohen Ansatz der Grundgebühr von Fr. 150.00 bis max. Fr. 200.00 kann ein Einnahmenüberschuss des Eigenwirtschaftsbetriebes "Abwasser" entstehen, der einer verdeckten Steuer entspricht. Gebühren sind aber klar dem Äquivalentsprinzip sowie dem Kostendeckungsprinzip zu unterwerfen und dürfen keinen Steuercharakter haben.

4. Berücksichtigung wesentlicher Aspekte:
Bei der Festlegung der Grundgebühr sind unter anderem folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Einhaltung des Verursacherprinzips
- Langfristige Finanzierbarkeit der Erschliessungsanlagen (neuer GEP)
- Allfällige Erhöhung der Gebühren ABV
- Allfällig neue (Alternativ-)Techniken
- Voraussichtliche Erträge aus Anschlussgebühren
- Rückfluss von Subventionen für früher getätigte Investitionen
- Finanzplanung bzw. Investitionsprogramm
- Kosten Unterhalt und Betrieb der Verbandsanlagen
- Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzip
- Berücksichtigung des Grundsatzes „Gebühr darf keine Steuer sein“

0.d Kleine Anfrage Roland Brühlmann vom 11. September 2003 betreffend Kinderfasnacht / Fasnacht Wettingen

Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 11. September 2003 hat Roland Brühlmann folgende Kleine Anfrage eingereicht.

Als ehemaliges, jahrelanges, aktives Organisationsmitglied der Kinderfasnacht Wettingen musste ich in den vergangenen Jahren leider vermehrt feststellen, dass offenbar nur noch sehr geringes Interesse seitens Gemeinde / Fasnachts-Guggenmusiken und Organisationskomitee besteht, diesen Anlass wirkungsvoll/aktiv und vor allem attraktiv durchzuführen!

Der Kinderfasnachtsumzug hat doch eine grosse Tradition, trotzdem nehmen immer weniger Wettinger Guggenmusiken diesen Anlass in ihr Jahresprogramm auf oder engagieren sich mit immer weniger "Herzblut"!

Ein Häufchen "Böögen" mit bald mehr ungeschminkten "Begleitpersonen" sollen den Umzug bilden? Der letzte Kinderfasnachtsumzug kann wohl kaum als solcher bezeichnet werden - wie soll das noch weitergehen? Fasnacht ist doch auch ein Teil der KULTUR!! Schade!

Frage

1. Weshalb hat die Gemeinde Wettingen nur geringes Interesse an einer lebhaften und aktiven Fasnacht in Wettingen?

2. Wie gedenkt die Gemeinde Wettingen zukünftig die Fasnacht allgemein sowie den Kinderfasnachtsumzug mit Kinderball wieder lebhafter und attraktiver zu gestalten?

3. Wie stellt sich die Gemeinde Wettingen grundsätzlich zur Fasnacht in der eigenen Gemeinde? Oder müssen wir Wettinger tatsächlich immer in die Nachbargemeinden ausweichen um zu "fasnächtlen"?

Anregung

Es sollte seitens Gemeinde dringend das Gespräch zu den Guggenmusiken und dem Organisationskommitee gesucht werden (noch vor der Fasnacht 04)!

Die Antwort des Gemeinderates lautet:

Aufgrund der Anregung von Roland Brühlmann hat am 19. November 2003 ein Treffen von Gemeinderätin Antoinette Eckert, den Guggenmusiken von Wettingen und des Organisationskomitees stattgefunden. Gestützt auf das Ergebnis dieses Treffens nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

1. Der Gemeinderat steht der Fasnacht in Wettingen nach wie vor grundsätzlich positiv gegenüber und hat diese auch immer im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt. Ein vordergründiges Problem liegt jedoch in der Abnahme der Anzahl Fasnachtsbegeisterten. Dies resultiert einerseits aus dem aktuellen Generationenwechsel, andererseits hat die Fasnacht an Attraktivität verloren und vermag deshalb auch nicht mehr in gleichem Masse zu begeistern. Demgegenüber steht der grosse Aufwand, welcher die aktive Teilnahme beinhaltet.

   Dass die Fasnacht oft in die Sportferien fällt, hindert viele an der Teilnahme. Zudem wurde in den letzten Jahren zu wenig Werbung betrieben. Die unmaskierte Teilnahme an der Fasnacht nimmt jährlich zu, sei dies beim Kinderumzug (insbesondere Begleitpersonen) oder am immer noch gut besuchten Maskenball.

   Durch diesen Umstand erscheint die Fasnacht weniger bunt, damit auch weniger fasnächtlich und somit auch weniger attraktiv. Auch die bisherige Route des Kinderumzuges hat sich als nicht ideal erwiesen. Sie ist eher zu lang und vor allem an gewissen Stellen (Zentralstrasse) ohne Publikum. Weiterer Verbesserungsbedarf besteht bei der Beizenfasnacht, welche im 2003 kaum funktioniert hat. Auch die musikalische Unterhaltung an der Fasnacht hat stark abgenommen, beteiligt sich doch nur noch eine Guggenmusik aktiv an der Fasnacht.

Als ein zusätzliches Problem wird nebst dem enormen Zeitaufwand für die Vorbereitung der finanzielle Aspekt genannt. Es gilt hier jedoch zu erwähnen, dass die Gemeinde die Kinderfasnacht jährlich mit rund Fr. 17'000.00 unterstützt. Die Abrechnung erfolgt über den Turnverein STV Wettingen. Falls sich die Frage nach zusätzlichen finanziellen Mitteln der öffentlichen Hand ergeben sollte, bedarf es vorerst eines detaillierten Konzeptes.

2. Um die bevorstehende Fasnacht 2004 attraktiver zu gestalten bestehen viele Ideen seitens der Organisatoren. Die bisherige Kinderumzugsroute wird als nicht ideal angesehen, da sie eher zu lang und vor allem an gewissen Stellen (Zentralstrasse) ohne Publikum ist. Für die Kinderfasnacht 2004 wird deshalb vorgesehen, diese Route etwas abzukürzen bzw. bei der Kreuzung Staffelstrasse eine Kehrtwende einzubauen und auf der Landstrasse im Kontermarsch die Route fortzusetzen. Ein weiterer Ortswechsel soll dahingehend vorgenommen werden, dass der neue Bög auf dem Rathausplatz "getauft" werden soll. Ein weiterer wichtiger Punkt, welcher unbedingt verstärkt werden muss, ist die Werbung. Es ist wichtig, dass alle über die Fasnacht inklusive Kinderfasnacht informiert werden. Die Bevölkerung wie auch die Kindergärten und Schulen sollen mit einem Infoblatt bedient werden. Die Werbung soll von Donnerstag bis und mit Sonntag (der letzten Schulwoche vor den Sportferien) erfolgen. Das Anbringen von Puppen an den Kandelabern wäre zugleich Werbung und Schmuck. Für die Publikation in der Wettinger-Post wird die Gemeindekanzlei besorgt sein. Um die Fasnacht bunter und somit auch fröhlicher zu gestalten sollen alle Beteiligten, inklusive Begleitpersonen, zur Maskierung aufgefordert und motiviert werden. Die Beizenfasnacht soll neu angekurbelt werden. Dabei soll die Anfrage der Teilnahme auf weitere Beizen ausgedehnt werden.

3. Die Gemeinde steht der Fasnacht grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Um diese attraktiver zu gestalten und damit wiederum die Anzahl der Fasnachtsbegeisterten zu steigern bestehen viele weitere Verbesserungsvorschläge.

   Bei den Gesprächen zwischen Gemeinderätin Antoinette Eckert, dem Organisationskomitee und den Guggenmusiken von Wettingen ist die Idee geboren, für die Fasnacht ab 2005 eine Arbeitsgruppe zu gründen. Möglicherweise sollte diese Arbeitsgruppe für die gesamte Fasnacht (Kinder- und Erwachsenenfasnacht) in Betracht gezogen werden. In diesem Zusammenhang soll auch der Koordinationsaspekt mit Baden besprochen werden. Das weitere Vorgehen für die Fasnacht ab 2005 wird vorerst zwischen den Vereinen besprochen. Danach werden die Vereine unter Umständen erneut Kontakt mit der Gemeinde aufnehmen.

Der Gemeinderat stimmt den vorgeschlagenen Änderungen für die Fasnacht 2004 zu. Das weitere Vorgehen für die Fasnacht ab 2005 nimmt er zur Kenntnis.

1 Inpflichtnahme Aebi Rolf, Gellert Karin und Würmli Reto

Rolf Aebi, Karin Gellert und Reto Würmli werden durch Leistung des Amtsgelübdes in Pflicht genommen.

2 Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2003

Die Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Dezember 2003 wird auf Antrag von Thomas Bodmer auf die nächste Sitzung verschoben.

3 Einbürgerung; Kalakovic-Dzubic Sabaheta, geb. 18. Januar 1977, Kalakovic Asim, geb. 24. September 1974, Kalakovic Emina, geb. 28. Februar 1998, alle bosnisch-herzegowinische Staatsanghörige, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyssig-Strasse 45

Dr. Charles Meier: Ich habe eine Frage zum Einreisestatus von Herrn Kalakovic Asim. Es heisst, er sei als Kriegsflüchtling in die Schweiz eingereist. Es gab schon Fälle, wo jemand unter dem Asylstatus eingereist ist, aber als Flüchtling bezeichnet worden ist. Deshalb interessiert mich der genaue Einwanderungsstatus.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: In der Familie haben mittlerweile alle die Aufenthaltsbewilligung C und sind als anerkannte Flüchtlinge eingereist.

Hermann Steiner: Die Haltung der SVP hat sich bezüglich des Abstimmungsprozederes noch nichts geändert. Wir warten noch auf den Entscheid von Bund und Kanton. Bei einer offenen Abstimmung werden wir uns weiterhin enthalten. Damit auch jene, die nicht unserer Auffassung sind, sehen, wie einfach und unkompliziert eine geheime Abstimmung sein kann, stelle ich den Antrag auf geheime Abstimmung.

Abstimmung

Der Antrag auf geheime Abstimmung wird zugestimmt mit 28 nein zu 12 ja, bei 5 Enthaltungen. Da der Viertel der Anwesenden 12 Stimmen beträgt, ist der Antrag angenommen.

Das Resultat der geheimen Abstimmung lautet:

Eingelegte Stimmzettel	45
Leer und ungültig	3
Gültige Stimmzettel	42

	Ja	Nein
Stimmen	39	3

4 Kreditabrechnung von Fr. 12'391'245.50 für den Neubau der Heilpädagogischen Schule Schartenboden

Franz-Beat Schwere: a) Ausgangslage: Der Baukredit für die Heilpädagogische Sonderschule (HPS) im Gesamtbetrag von 13 Mio. Franken wurde im Einwohnerrat am 12. März 1998 ausführlich diskutiert und mit 45 zu 0 Stimmen bewilligt. Am 7. Juni 1998 stimmten die Stimmberechtigten von Wettingen diesem Projekt zu.

Der Gemeinderat senkte danach im Sinne einer straffen Kostenkontrolle den Kostenrahmen für den definitiven Kostenvoranschlag auf neu 12,5 Mio. Franken. Damit sollte sichergestellt werden, dass lediglich die absolut notwendigen Ausgaben getätigt werden.

Der Betrag von 13 Mio. Franken für den Baukredit HPS wurde 1998 nicht mittels einer separaten Vorlage für einen Detailkredit beantragt, sondern wurde vom Architekturbüro mit der sogenannten Elementkostenmethode (d.h. Erfahrungswerte aus vergleichbaren Bauten) berechnet. Die systembedingte Genauigkeit wurde dazumal mit +/- 10 % an-

gegeben, jedoch wurde durch den Vertreter des Gemeinderates klar festgehalten, dass die gesprochene Kreditlimite als maximales Kostendach verbindlich ist.

b) Bauabrechnung: Zwei wesentliche Faktoren waren verantwortlich, dass die Bauabrechnung HPS erst recht spät erstellt worden ist. Es traten einerseits gesundheitliche Beschwerden bei einer Anzahl von Lehrern und Schülern auf und andererseits zeigte der einjährige Schulbetrieb auf, dass die bestehende Mobiliarausstattung mit weiteren Geräten, Regalen und Garderobenmöbeln ergänzt werden musste. Es ist festzuhalten, dass diese Zusatzkosten für die Nachmöblierung keine Überschreitung des Kostenvoranschlages des Gemeinderates verursachten.

Die offizielle Abnahme der neuen HPS erfolgte am 2. Juli 2003 durch eine Delegation von Bund und Kanton. Nach dem Rundgang durch das Gebäude kamen die Vertreter einstimmig zum Schluss, dass das Bauprojekt eine hohe Qualität und räumliche Flexibilität aufweist. Mit diesem Projekt geht nunmehr eine gut zwölf Jahre dauernde Planungs- und Bauphase zu Ende. Infolge der verschiedenen Subventionsbeträge wurde die Schlussabrechnung ebenfalls durch Vertreter seitens Bund und Kanton geprüft und genehmigt.

Kostenübersicht: Die Bruttoanlagekosten beziffern sich auf Fr. 12‘391‘245.50. Die Investitions-Einnahmen betragen Fr. 4‘172‘298.00 (Subventionen Bund/Kanton). Das ergibt für die Gemeinde Nettoinvestitionen von Fr. 8‘218‘947.50. Das bedeutet schliesslich eine Kreditunterschreitung von Fr. 608‘754.50 (- 5 %).

c) Vergleich KV Original / Bauabrechnung: Da keine Detailkreditvorlage nach Arbeitsgattungen im Jahr 1998 zur Verfügung stand, ist der Vergleich KV mit der Schlussabrechnung erschwert. Die wichtigsten Abweichungen bzw. Verschiebungen wurden durch den Gemeinderat und die Bau- und Planungsabteilung in der Endabrechnung HPS aufgelistet. Dabei fällt insbesondere die grosse Veränderung innerhalb der BKP 2 (Gebäude) von Fr. 813'23.85 auf, die durch diverse Umbuchungen aus den BKP 1, 3 und 4 begründet werden.

Die provisorisch zugesicherten Subventionsvergütungen seitens Bund und Kanton von ca. 4,223 Mio. Franken belaufen sich nach der definitiven Bauabrechnung auf rund 4,173 Mio. Franken. Die erhaltenen Zahlungen bewegen sich somit in den Erwartungen anlässlich der EWR-Sitzung vom 12. März 1998 seitens Einwohnerrat und Finanzkommission.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (6 Anwesende), die Kreditabrechnung von Fr. 12'391'245.50 für den Neubau der Heilpädagogischen Schule Schartenboden zu genehmigen.

Beschluss des Einwohnerrates

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung von Fr. 12'391'245.50 für den Neubau der Heilpädagogischen Schule Schartenboden wird genehmigt.

5 Kreditantrag über Fr. 141'000.00 für den Umbau/Ausrüstung Büros für Steueramt und Sozialabteilung

Dr. Markus Dieth: Ausgangslage: Das Betreibungsamt konnte im Sommer 2003 Büros im EWW Gebäude beziehen. Im Verlaufe des letzten Jahres wurde ein Zivilstands-

kreis Wettingen geschaffen. Dies führte zu einem Bedarf an zusätzlicher Büroarbeitsfläche für 2 Arbeitsplätze. Dafür mussten zwei zusätzliche Räume im 2. Obergeschoss ausgeschieden werden, was Auswirkungen auf das Schulsekretariat und einen Mitarbeiter der Sozialabteilung hatte (Umzug vom 2. ins 3. bzw. 3. ins 4. Obergeschoss). Das Steueramt hat durch die Raumbedürfnisse des Zivilstandsamtes ebenfalls einen Raum zur Verfügung stellen müssen.

Optimiertes Raumkonzept: Die vorerwähnten Änderungen gaben Anlass zur Optimierung und Neuorganisation der Raumaufteilung im 4. Obergeschoss.

Steueramt: Neu werden in einem Büro im 4. Obergeschoss (Büro 401) vier Arbeitsplätze geschaffen: Kantonaler Steuerkommissär, Aushilfe für komplexe Veranlagungen und 2 Steueramtsmitarbeiter für Betreuung selbstständig Erwerbender. Durch Aufhebung eines WC-Raumes kann neu direkt anliegend ein Besprechungsraum geschaffen werden.

Sozialabteilung: Zur Optimierung der Arbeitsabläufe soll eine zentrale Empfangs- und Anlaufstelle mit Schalterbetrieb geschaffen werden. Die Kunden können gezielt an die einzelnen Fachstellen zugewiesen werden. Das Büro wird aber auch durch das Arbeitsamt / Sozialversicherungszweigstelle genutzt.

Umbauten / Anschaffungen: Es wurden diverse Varianten der neuen Raumnutzung geprüft. Es bestanden baulicherseits Varianten von Fr. 143'600.00 bis Fr. 50'000.00. Die vorliegende Variante mit Umbaukosten von Fr. 49'000.00 muss als optimale und kostengünstigste Variante betrachtet werden. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass als Basis zur Kalkulation der Gebühren bei der Gründung des Regionalen Zivilstandsamtes die Vollkosten herangezogen wurden.

Betreffend Beschaffung von neuem Büromobiliar waren ursprünglich Neuanschaffungen von rund Fr. 120'000.00 in Prüfung. Die Sozialabteilung konnte diverses Mobiliar vom Betreibungsamt übernehmen, weshalb insgesamt für die neuen Räumlichkeiten Beschaffungskosten für Mobiliar von Fr. 86'000.00 angefallen sind. Diese Kosten wurden auf das Notwendigste heruntergefahren.

Der Gemeinderat verfolgt die Strategie, bei zusätzlichen Raumbedürfnissen zuerst interne Ressourcen zu optimieren und anschliessend eine Auslagerung ins EW-Gebäude ins Auge zu fassen. Erst in einer letzten Phase werde die Erstellung eines Annexbaus geprüft.

Das vorliegende Kreditbegehren entspricht einer Notwendigkeit zur Schaffungen der unerlässlichen Arbeitsplätze, nachdem diese im Rahmen der Neuorganisation des Zivilstandswesen weggefallen bzw. auf diverse Stockwerke verteilt und Abteilungen auseinander gerissen werden mussten. Insgesamt können Arbeitsabläufe optimiert werden; zusätzlich wird die notwendige Diskretion für Besprechungen und für die Sozialabteilung eine Anlaufstelle geschaffen.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, dem Kreditbegehren von Fr. 141'000.00 für den Umbau und die Umorganisation im 4. Obergeschoss sei zuzustimmen.

Madeleine Bürgler: Haben die Umbauten schon stattgefunden? So wie dies der Präsident der Finanzkommission ausgeführt hat, könnte man davon ausgehen.

Dr. Markus Dieth: Es ist selbstverständlich ein Kreditbegehren.

Thomas Bodmer: Die SVP stimmt zu, allerdings mit gewissen Vorbehalten. Man ist enttäuscht, dass so kurz nach einer Umbauvorlage ein neuer Antrag für einen Umbau unterbreitet wird. Da wird der Gedanke wach, dass diese Folgekosten entstanden sind, da man im Bereich des Zivilstandswesens nicht mit der Stadt Baden zusammenarbeiten wollte. Entgegen den Vorstellungen des Kantons wollte man eine separate Wettinger Lösung.

Beschluss des Einwohnerrates

Mit grosser Mehrheit, bei zwei Enthaltungen, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Dem Kredit von Fr. 141'000.00 für den Umbau und die Umorganisationen im 4. Obergeschoss wird zugestimmt.

6 Kreditbegehren von Fr. 942'194.00 für die Anschaffung eines Hubretters (Ersatz Autodrehleiter ADL 72)

Thomas Bodmer: Bei dieser Vorlage geht es um die Beschaffung eines Hochrettungsgerätes für die Wettinger Feuerwehr als Ersatz der Autodrehleiter mit Jahrgang 1972. Die Finanzkommission konnte sich davon überzeugen, dass ein neues Fahrzeug nötig ist. Eine Reparatur und das Vorführen des heutigen Fahrzeuges würden sich nach der Meinung von Fachleuten nicht mehr lohnen. Die Vergabe verläuft korrekt, obwohl das vorliegende Offertöffnungsprotokoll wenig aussagekräftig ist. Anhand dieses Dokumentes könnte sogar ein gegenteiliger Schluss gezogen werden. Der Weg zum günstigsten Angebot führt über eine komplizierte Auswertungstabelle. Dieses Blatt hätte eigentlich in die Unterlagen gehört. In den Unterlagen ist auch nicht ersichtlich, was die Beschaffungsvorlage allenfalls für einen Zusammenhang mit der Diskussion um die Fusion der Feuerwehren von Baden und Wettingen hat. Hierzu waren Details den Medien zu entnehmen.

Es bestehen bezüglich der Fusion ganz unterschiedliche Auffassungen zwischen Vertretern der Gemeinde Wettingen und dem Aargauischen Versicherungsamt in welcher Art und Weise die Feuerwehren im Raum Baden-Wettingen in Zukunft operieren sollen. Damit hängt auch zusammen, wie in Zukunft die finanzielle Unterstützung der Feuerwehren durch das Aargauischen Versicherungsamt aussehen soll.

Übereinstimmend sind die Parteien der Meinung, dass die Fusionsverhandlungen gescheitert sind. Ebenfalls besteht Einigkeit darüber, dass ein solches Fahrzeug nötig ist. Ein solches Fahrzeug muss auf Wettinger Boden stationiert sein. Es wäre in einer fusionierten Feuerwehr nicht möglich, alle Fahrzeuge an einem zentralen Ort zu stationieren. Die Finanzkommission hat sich diesem Fachentscheid ebenfalls angeschlossen.

Die Meinungen zu einer fusionierten Feuerwehr gehen diametral auseinander. Baden ist heute eine Stützpunktfeuerwehr, eine von elf Stützpunktfeuerwehren im Kanton. Jeder Bezirk hat eine Stützpunktfeuerwehr. Wettingen ist keine Stützpunktfeuerwehr, sie war auch noch nie eine. Wettingen hat aber in der Vergangenheit trotzdem Material zum Subventionsansatz von Stützpunktfeuerwehren erhalten. Im Bereich der Ölwehr hat Wettingen gewisse Stützpunktaufgaben übernommen. In Zukunft wird auch die Ölwehr bei einer Stützpunktfeuerwehr konzentriert werden. Dieser Stützpunktfeuerwehr obliegt dann die interne Organisation; wohl stehen die Fahrzeuge, wer ist Kommandant usw. Weil es nicht zu einer Fusion kommen wird, ist praktisch definitiv entschieden, dass die Ölwehr aufgegeben werden muss. Wettingen wird auch die Aufga-

ben im Zusammenhang mit der Autobahnrettung verlieren. Konsequenz dieser Änderung wird sein, dass Stützpunktfeuerwehren mit 75 % subventioniert werden, Ortsfeuerwehren nur mit 25 %. Diese Zahlen waren auch den Medien zu entnehmen. Das Aargauischen Versicherungsamt hat gegenüber der Gemeinde schriftlich glaubhaft gemacht, dass bei einer allfälligen Fusion die Gemeinde Wettingen eine Subventionierung zu 75 % für dieses unbestrittenermassen nötige Fahrzeug erhalten hätte. Nun aber ist nur noch eine Subvention von 25 % zu erhalten.

Der Vertreter des Aargauischen Versicherungsamtes vertritt die Auffassung, was bei einer Fusion das Kommando einer gemeinsamen Feuerwehr mit ziemlicher Sicherheit nach Wettingen gekommen wäre. Der Badener Feuerwehrkommandant hätte dieses wegen fehlender Fachkenntnisse wahrscheinlich gar nicht ausüben können.

Mit diesen Entscheid wird nicht nur eine Beschaffung sanktioniert, sondern es wird auch der Entscheid für eine auf längere Sicht eigenständige Feuerwehr getroffen. Die Finanzkommission hat auch der eigenständigen Wettinger Feuerwehr zugestimmt und damit einer Beschaffung grünes Licht gegeben.

Gemeindeammann: Als Mitglied des Lenkungsgremiums des Fusionsprojektes will ich klarstellen, dass es heute ausschliesslich um die Frage der Anschaffung eines Hubretters, nicht aber um die Frage der Fusion. Ich stelle weiter fest, dass Wettingen eine Stützpunktfeuerwehr ist. Es gibt im Kanton Aargau zwölf Stützpunktfeuerwehren. In jedem Bezirk gibt es eine Stützpunktfeuerwehr; einzige Ausnahme ist der Bezirk Baden, wo nebst der Stützpunktfeuerwehr Baden auch Wettingen für die Ölwehr Stützpunktfunktion hat. Das ist in einer regierungsrätlichen Verordnung festgehalten, in der sogenannten Schadendienstverordnung. Darin wird Wettingen ausdrücklich als Stützpunktfeuerwehr für die Ölwehr bezeichnet. Wenn diese Funktion der Wettinger Feuerwehr weggenommen werden soll, so liegt dies nicht alleine in der Kompetenz des Aargauischen Versicherungsamtes. Es braucht die Abänderung einer regierungsrätlichen Verordnung.

Zusicherungen, dass bei einer Fusion 75 % Subvention zugestanden würden, sind uns weder schriftlich noch mündlich gegeben worden. Wir haben das Zugeständnis des Direktors des Aargauischen Versicherungsamtes zur Kenntnis genommen, dass für den Fall einer Fusion eine Subvention zu 75 % wohlwollend geprüft würde. Es kann jeder selber beurteilen, welchen Stellenwert eine solche Zusicherung im Rahmen einer durch das Aargauische Versicherungsamt gewünschten Fusion hat.

Ich halte nochmals fest, dass es nicht um die Fusion geht, welche im Übrigen nicht bis auf den St. Nimmerleinstag vertagt worden ist, sondern das Fusionsprojekt wird noch weiterbearbeitet, so dass ein gutes Grundlagendossier in der Zukunft zur Verfügung stehen würde.

Es geht heute Abend also ausschliesslich um die Frage der Anschaffung eines Hubretters mit 25 % Subvention, und es hat keinen Sinn, den heutigen Abend mit unnötigen Diskussionen über die noch nicht mögliche Fusion mutwillig zu verlängern.

Markus Maibach: Die Feuerwehr ist an verschiedensten Hochzeiten präsent. Doch wenn sie selber heiraten soll, so ist dies etwas erschwert. Ich will mich nicht lange mit der Fusion auseinander setzen. Doch besteht ein kleiner interner Zusammenhang zu der beantragten Beschaffung. Wir sind für die Vorlage, weil sie nötig und gut evaluiert ist. Es ist für Wettingen dringlich. Es ist offen, wie viel Geld Wettingen vom AVA für die Beschaffung nun nicht erhält. Tatsache ist aber, dass Wettingen einen grossen Trumpf verspielt hat. Wir wünschten uns die Fusion, weil eine Synergie möglich gewesen wäre. Wettingen hätte mit einem proaktiven Vorgehen die Möglichkeit, seine Spezialkenntnisse zu sichern. Ich denke an die Ölwehr und die Autobahn A1. Bei der Brautschau könnte dieses neue Fahrzeuge miteingebracht werden. Man hätte in diesem Punkt starke Karten. Wir hoffen, dass die Fusionsverhandlungen weitergeführt werden.

Dr. Charles Meier: Die SVP stimmt der Beschaffung zu. Es ist ein Gerät, das hilft Menschenleben zu retten. Persönlich bin ich aber gegen eine Fusion. Die Stadt hat unter Vorsitz ihres Stadtammanns beschlossen, uns im Verkehrsbereich zu vogten. Die Feuerwehr ist eine tragende Säule im Gemeinschaftsleben dieser Gemeinde. Eine fusionierte Feuerwehr wird niemanden mehr interessieren. Ich bin froh, dass die Fusionsverhandlungen gestoppt worden sind. Wettingen ist Manns genug, eine eigene Feuerwehr zu haben.

Hanspeter Koch: Sicherheit ist teuer, sie muss und darf aber etwas kosten. Uns interessiert aber insbesondere, ob die Autodrehleiter auf wirtschaftliche Art noch verwendet werden kann. Weiter stelltes sich uns die Frage, ob Wettingen ein Hubrettungsfahrzeug haben muss? Auf Grund der zur Verfügung gestandenen guten Unterlagen und der fachmännischen Auskünfte konnten wir uns einstimmig für die Beschaffung aussprechen.

Pius Benz: Die SVP steht hinter der Beschaffung. Wir konnten uns an der Fraktionssitzung kompetent über die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung orientieren lassen. Das Gerät hat verschiedene wichtige Vorteile: grössere Nutzlast, grössere Ausladung, interne Wasserversorgung.

Persönlich stelle ich fest, dass dies ein teures Fahrzeug ist. Hinter vorgehaltener Hand wurde auch immer wieder geäussert, dass es ein Spielzeug für die Feuerwehrleute sei. Ich stelle jedoch fest, dass es ausschliesslich ein Fahrzeug ist, das der Wettinger Bevölkerung dient.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Das Fahrzeug dient auch den Feuerwehrleuten im Einsatz. Auf diesem Weg kann auch der Feuerwehrmann noch einen nach innen abgeschnittenen Brandherd verlassen. Ich habe noch Berechnungen zu den Kosten der Sicherheit angestellt. Die ADL ist nun 32 Jahre im Einsatz gestanden. Gehen wir von einer neuen Lebensdauer von 25 Jahren aus, so kostet dies Fr. 1.60 pro Jahr und Einwohner auf diese Laufzeit gerechnet.

Beat Brunner: Die FDP steht hinter dem Beschaffungsantrag. Wir sind gut informiert worden. Ich war selber Mitglied der ADL-Gruppe als ich der Feuerwehr angehörte. Es ist an der Zeit, ein Gerät anzuschaffen, das dem Stand der Technik entspricht.

Pia Müller: Mich interessiert, ob Wettingen nun noch eine Stützpunktfeuerwehr ist oder nicht.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Wettingen ist immer noch eine Stützpunktfeuerwehr. Entscheide sind noch keine gefallen in Aarau.

Beschluss des Einwohnerrates

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Der Kredit über Fr. 942'194.00 (netto Fr. 706'724) für die Beschaffung eines Hubretters Marke Rosenbauer/Vema 333 der Rosenbauer AG, Oberglatt, wird bewilligt.

7 Kreditbegehren von Fr. 940'000.00 für die Erneuerung und Sanierung der Kanalisation sowie Instandstellung der Winkelried-/ Rütli-/ Pilatus-/ Rigistrasse

Vreni Neukomm: Handlungsbedarf haben bei diesem Projekt das EWW mit der Erneuerung von Wasser- und Stromleitungen, aber auch die Gemeinde: Es wurde im Rahmen von GEP (Generelle Entwässerungsplanung) festgestellt, dass die Kapazität der Hauptleitung in der Winkelriedstrasse zu klein ist und erneuert werden muss.

Sanierung: Das Ingenieurbüro Gähler und Partner hat im Auftrag der Gemeinde die nötigen Voruntersuchungen durchgeführt und einen Sanierungsvorschlag ausgearbeitet: Auf einer Länge von 175 m (Teil von Winkelried- / Pilatusstrasse) werden die Kanalisation erneuert und grössere Centub-Betonrohre eingelegt. Auf ca. 440 m, das betrifft Rütli- und Rigistrasse plus den restlichen Teil der Winkelried- und Pilatusstrasse, wird nur punktuell je nach Schadbild saniert. Mittels Kanalfernsehen wurden diverse Einzelschäden festgestellt: mangelhafte Einläufe, Abplatzungen, Fremdkörper (Holz- und Metallstücke), Risse und Löcher. Zusätzlich werden alle Kontroll- und Einlaufschächte überprüft und wenn nötig instand gestellt. Die Mattenstrasse ist von den Arbeiten nicht betroffen, da sie schon zu einem früheren Zeitpunkt saniert wurde. Auch zum Kreditantrag gehört, dass im Strassenbereich alle Beläge erneuert werden. Dabei stützt man sich auf die Resultate von SANKAT, das heisst Strassenzustand Analyse. Da es sich um ein Gebiet mit Tempo 30-Zone handelt, werden die Strasseneinmündungen zur Staffelstrasse sowie Einmündung Landstrasse/ Winkelriedstrasse durch leicht erhöhte Gehwegüberfahrten betont.

Kosten: Wiederum wird man in koordinierter Bauweise arbeiten, so werden auch die Kosten unter den Beteiligten je nach Anteil angerechnet. Der Kostenvoranschlag mit einem Totalbetrag von Fr. 1'482'000.00 wurde mit einem gemittelten Einheitspreis von vergleichbaren Objekten mit Preisbasis 2001 berechnet. Für die Gemeinde macht dies einen Kostenanteil von 63,5 %: Fr. 491'500.00 für die Kanalisation (33,2 %) werden der Rechnung Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasser belastet; Fr. 448'500.00 für Strassenbau (30,3 %) werden dem Konto Strassen belastet.

Belagsarbeiten: Diese Kosten scheinen mit Fr. 160'900.00 eher tief. Es handelt sich um eine Fläche von ca. 4'100 m2; man geht davon aus, dass die unteren Schichten intakt sind und nur der obere Belag erneuert werden muss. Die Gemeinde profitiert hier auch von den günstigen Marktpreisen. Im Gegenzug sind bei schwacher Wirtschaftslage Aufträge der Gemeinde willkommen.

Entwässerungen: Mit Fr. 259'700.00 ist das der grösste Betrag in der Aufstellung. Man rechnet mit vielen Provisorien (Hilfsleitungen). Das Gebiet weist ein minimales Gefälle auf, es muss sehr genau gearbeitet werden. Es ist wichtig, dass während der ganzen Bautätigkeit die Anwohner mit Strom, Wasser, Abwasser bedient werden.

Weitere Angaben: Projekt- und Bauleitung werden durch Gähler und Partner ausgeführt; die Mehrwertsteuer kann zurück gefordert werden; die Arbeiten werden öffentlich ausgeschrieben; Baubeginn ist im Frühling 2004. Es wird mit einer Bauzeit von gut einem Jahr gerechnet. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen einstimmig den Kreditantrag zur Annahme.

Beschluss des Einwohnerrates

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Für die Erneuerung und Sanierung der Kanalisation sowie Instandstellung der Winkelried-/ Rütli-/ Pilatus- und Rigistrasse wird ein Kredit von Fr. 940'000.00 bewilligt.

8 Definitive Weiterführung der Schulsozialarbeit sowie Erhöhung des Stellenplanes

Yvonne Feri: Der Geschäftsprüfungskommission wurde das vorliegende Geschäft zur Prüfung unterbreitet. Wir konnten im Gespräch mit Vizeammann Heiner Studer und Schulsozialarbeiterin Monika Peter viele interessante Details erfahren und Fragen stellen.

Ich gehe sehr kurz darauf ein: Die Schulsozialarbeit in den Schulkreisen Altenburg und Zehntenhof hat sich gut bewährt. Schon bald nach dem Stellenantritt von Monika Peter haben viele Schülerinnen und Schüler oft auch selbständig mit ihr Kontakt aufgenommen. Die Lehrerschaft und die Schulpflege fühlt sich mehrheitlich entlastet, denn bei schwierigen Fällen mit den Kindern können sie die niederschwellige Schulsozialarbeit kontaktieren und so mit einer kompetenten Fachperson an Ort beraten. So entstand eine Beratungsmöglichkeit bei der Suche nach Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten in Konfliktfällen. Es ist nicht so, dass die Schulsozialarbeit das Elternhaus vermehrt entlasten soll. Vielfach werden die Elternteile mit ins Gespräch einbezogen. Es ist aber auch für die Kinder wichtig zu wissen, dass Monika Peter eine absolute Vertrauensperson ist. Oft trauen sich die Schüler und Schülerinnen nicht, ihrem Lehrer, ihrer Lehrerin oder sogar den Eltern Probleme anzuvertrauen. So haben auch sie eine weitere Möglichkeit, sich mitzuteilen. Es hat in der Pilotphase einige Fälle gegeben, welche Monika Peter an Drittstellen (z. Bsp. an den schulpsychologischen Dienst) weiterleiten musste.

Die Pilotphase der Schulsozialarbeit ist bald abgeschlossen. Diese soll nun definitiv eingeführt werden und gleichzeitig sollen die Stellenprozente von 80 auf 150 gesetzt werden. Nur damit können auch die anderen Schulhäuser von diesem Angebot profitieren. Bei weitem können nicht alle Probleme der Kinder betreut werden, doch wird ein Grossteil von einer Pensenerhöhung profitieren können. Die Lehrerschaft, Schulleitungen, Schulpflege und Eltern können nach der Pilotphase mehrheitlich der definitiven Einführung zustimmen. Die Erfahrungen sind praktisch durchwegs positiv und werden - umso länger diese Schulsozialarbeit auch währt - vermehrt positive Auswirkungen haben. In der Unter- und Mittelstufe werden Probleme aufgefangen, wodurch sich die Klassen in der Oberstufe ruhiger auf den Unterricht konzentrieren können.

Im Budget 2004 sind die 80 Stellenprozente mit Fr. 91'500.00 berücksichtig. Damit die Stellenerhöhung aber bereits auf das neue Schuljahr im August 2004 realisiert werden kann, stellt der Gemeinderat einen Antrag auf einen Zusatzkredit von Fr. 44'000.00. Eine langfristige Beibehaltung der Schulsozialarbeit wird sich auch finanziell positiv auf die Gemeinderechnung auswirken. Denn so können sogenannte Problemfälle verhindert werden.

Nach der Beantwortung der Fragen und der Zerstreuung anfänglicher Ängste sind alle Geschäftsprüfungskommissionsmitglieder zur Überzeugung gekommen, dass die Schulsozialarbeit eine gute, wichtige und notwendige Institution ist.

Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat alle drei Anträge einstimmig zur Genehmigung.

Monica Benz: Um sich ein klares Bild über die Situation an unseren Wettinger Schulen zu verschaffen, hat die SVP-Fraktion Frau Helen Suter, Schulpflege, Frau Monika

Peter, Sozialarbeiterin, und Herrn André Bachmann, Lehrer und Spezialist für Gewalt- und Suchtprävention, zum Gespräch eingeladen. Die drei Personen haben uns sehr anschaulich und vertieft die bereits im Antrag des Gemeinderates beschriebene Situation geschildert und die SVP sieht die Notwendigkeit und den Nutzen einer definitiven Weiterführung der Schulsozialarbeit, ja sogar einer Erhöhung des Stellenplanes auf 1,5 Stellen ab Schuljahr 2004/2005.

Allerdings hat die SVP mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, was für ein Ausmass an Schlägereien, Drogenkonsum, interkulturellen Streitigkeiten und Gewalt an unseren Schulen herrscht. Wir sind erstaunt, dass man bisher in der Öffentlichkeit und auch im Rechenschaftsbericht praktisch nichts über diese Problematik erfahren hat. Es ist uns völlig klar, dass durch die Schulsozialarbeit zwar sofortige und einfache Hilfe vor Ort möglich sein kann, jedoch sicherlich nur in einem begrenzten Umfang. Wir sehen deshalb den dringenden Bedarf einer konsequent strengen und kontrollierten Führung an unseren Schulen und die vermehrte Inpflichtnahme der Eltern in Sachen Erziehung. Es kann nicht angehen, dass der Staat auf allen Ebenen immer mehr Erziehungs- und Betreuungsaufgaben übernehmen muss. Das überfordert und demotiviert einerseits die Lehrerschaft, verunsichert die Kinder wegen des unterschiedlichen Erziehungsstils und verursacht letztendlich Kosten, die kaum mehr in den Griff zu bekommen sind. Ich denke bei den Kosten an die Summe aller Anlaufstellen zu diesem Thema.

In diesem Zusammenhang möchte ich unsere Vertreter in Bern bitten, sich an alle diese Konsequenzen zu erinnern, wenn es das nächste Mal um Fragen geht wie Drogenliberalisierung, Externe Kinderbetreuung, Religionsunterricht an unseren Schulen, Strafmass, Einwanderungs- und Integrationspolitik. Wir müssen vermehrt Ursachen bekämpfen und weniger Pflästerlipolitik betreiben. Unsere Kinder sind ein Geschenk, das uns anvertraut worden ist zur Führung und zur Liebe, sind Hoffnungsträger für Veränderungen in unserer Gesellschaft und haben meines Erachtens absoluten Vorrang vor übersteigerter Selbstverwirklichung, materiellen Bedürfnissen und Sozialromantik.

Ruth Amacher: Ich spreche für die Fraktion SP/WettiGrüen. Die Bedingungen um Schule zu geben und das gesellschaftliche Umfeld der Schule haben sich in den letzen zwei bis drei Jahrzehnten sehr verändert. Lehrer und Lehrerinnen sehen sich immer wieder mit Problemfällen konfrontiert, wo Lösungen äusserst schwierig zu finden sind.

Die Situation vor der Einführung der Schulsozialarbeit: Der Schulpsychologische Dienst und die Betreuungsmitglieder der Schulpflege waren stark überlastet. Die Wartezeiten zur Abklärung betrugen zum Teil zwei bis drei Monate. Bis mit der Empfehlung der Fachstellen ausserhalb und vor allem mit dem Einverständnis der Erziehungsberechtigten endlich etwas unternommen werden konnte, vergingen meist zwei bis drei Jahre.

Die Probleme hatten sich bis dahin oft verfestigt, die problematischen Verhaltensweisen verstärkt. Als einzige Lösung blieb dann in der Oberstufe bei schweren Fällen eine Heimeinweisung. Was für alle Beteiligten ein schmerzlicher Prozess war und mit ungewisser Prognose betreffend einer Verbesserung.

Im Jahr 2002 hat Wettingen mit der Einführung der Schulsozialarbeit in den Schulkreisen Altenburg und Zehntenhof Neuland betreten bei der Lösung von Problemfällen an der Schule und die finanziellen Mittel zur Einführung eines auf zwei Jahren begrenzten Projektes für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt.

Als Mitglied der initiierenden Arbeitsgruppe im Altenburg und als Mitglied der Begleitgruppe des Pilotprojektes Schulsozialarbeit konnte ich die Schritte der neu eingeführten Schulsozialarbeit-Projektstelle aus der Nähe mitverfolgen.

Die Schulsozialarbeit ist innerhalb der Projektphase in den vergangenen 1½ Jahren auf grosse Akzeptanz und Inanspruchnahme von Seiten der Schüler und Schülerinnen gestossen. Daraus lässt sich schliessen, dass ein grosser Bedarf an Schulsozialarbeit existiert. Die Lehrer und Lehrerinnen fühlen sich mehrheitlich entlastet im Wissen darum, dass es im Schulhaus eine sog. niederschwellige Schulsozialarbeitsstelle gibt, die sie bei schwierigen Fällen sofort, z.B. während der Pause kontaktieren können. Sie haben nun die Möglichkeit, sich bei Bedarf schnell und einfach mit einer kompetenten Fachperson an Ort zu beraten. Die Schulsozialarbeit bietet damit eine erwünschte Erweiterung bei Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten in Konfliktfällen an.

Ganz wichtig dabei ist, dass die Konflikte rasch angegangen werden können und so oft präventiv eine Eskalierung verhindert werden kann.

Die in der Projektphase gemachten Erfahrungen sind so positiv, dass die Gemeinde Wettingen beabsichtigt, die Schulsozialarbeit definitiv einzuführen. SP/WettiGrüen befürwortet aufgrund der überall gemachten positiven Erfahrungen die definitive Einführung der Schulsozialarbeit.

Sollen diese positiven Entwicklungen und das Hilfsangebot der Schulsozialarbeit auch den anderen Schulkreisen zu gute kommen, so braucht es eine Erhöhung der Stellenprozente. In den Kantonen Basel und Zürich wird bereits seit längerem auf die inzwischen bewährte "Sozialarbeit in der Schule" gesetzt. Die Erfahrungen in diesen Kantonen haben jedoch gezeigt, dass bei seriöser Arbeit die Anzahl Kinder pro Schulsozialarbeiter oder Schulsozialarbeiterin begrenzt werden muss und eine Person nicht 2'000 Kinder allein betreuen kann. Die Richtwerte schwanken zum Teil, je nach Kanton, zwischen 250 bis 700 Personen pro Stelle.

Damit in Wettingen auch noch die anderen Schulkreise in den Genuss der Schulsozialarbeit-Beratungsstelle kommen können, sollen nun die bisherigen Stellenprozente von 80 % auf 150 % ausgeweitet werden. Dafür sollen für das Schuljahr 2004/2005 zusätzliche Fr. 44'000.00 bewilligt werden. Die SP/WettiGrüen Fraktion findet diese Aufstockung mehr als sinnvoll. Wenn mit Hilfe der Schulsozialarbeit Probleme schon beim Entstehen bearbeitet werden können und bevor sie eskalieren, so ist dies eine sehr sinnvolle Prävention und gleichzeitig eine Investition in die Zukunft, die sich mehr als bezahlt machen wird.

Marianne Weber: Wir sind für das Begehren und die Aufstockung. Im Gespräch mit den Fachpersonen ist uns zugesichert worden, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang haben werden zum Angebot, unabhängig vom Standort der Schulsozialarbeitsstelle. Ich habe gerne gehört von der SVP, dass sie sich sehr für das Wohl der Kinder einsetzen, dass sie einsehen, wie wichtig die Kinder für unsere Zukunft sind. Leider haben wir keine Vertreter im Nationalrat in unseren Reihen. Vielleicht gelingt es der SVP, diese Anliegen weiterzugeben. Ich hoffe, dass die SVP sich auch künftig für die externe Kinderbetreuung engagiert und dafür Gelder freigibt. Auch die Mutterschaftsversicherung gehört zu diesem Engagement, gleiche Löhne für Mann und Frau, so dass sich die Familien künftig vermehrt ohne finanziellen Druck den Kindern widmen können.

Eva Lanz: Es gibt unsererseits noch eine differenziertere Stellungnahme. Die FDP-Fraktion ist mit der definitiven Weiterführung der Schulsozialarbeit, insbesondere in der Person von Frau Peter, einverstanden, nicht aber mit einer Erhöhung des Stellenplans. Wir finden es sinnvoll, dass es an den Wettinger Schulen eine niederschwellige Anlaufstelle gibt, welche sich in erster Linie als Triage, als Bindeglied zu den zahlreich vorhanden Fachstellen im Bereich Jugend und Familie verstehen muss.

Warum keine Ausdehnung des Stellenplans? Es gibt drei Aspekte: In unserer Fraktion ist einmal grundsätzlich darüber diskutiert worden, dass immer mehr die Tendenz besteht, Probleme auf den Staat abzuschieben und für Alles und Jedes eine neue Sozialstelle zu installieren. Dieser schleichende und häppchenweise Ausbau ist auch in Wettingen nicht zu übersehen. Die FDP, welche sich traditionell für mehr Eigenverantwortung einsetzt, glaubt nicht, dass dies der richtige Weg ist. Dies gilt auch im Bereich Jugend und Schule.

Wir sind zweitens der Meinung, dass das vorhandene Angebot insgesamt gut, im Vergleich mit anderen Gemeinden sogar überdurchschnittlich gut ist. Nebst der 80 %-Stelle von Frau Peter haben wir vor einigen Jahren bereits einen spezifischen Drogenbeauftragten eingesetzt, der Ähnliches macht, wie Frau Peter, aber eben drogenspezifischer Natur. Auch diese Stelle darf nicht einfach ausser Acht gelassen werden.

Des Weiteren haben wir auf dieses Schuljahr neu Schulleiter eingesetzt. Wir haben in jedem Schulhaus mindestens einen Schulleiter und damit eine sehr komfortable Struktur. Natürlich sind Schulleiter keine Schulsozialarbeiter, aber es gibt Überschneidungen im Aufgabenbereich. Die Schulleiter sind u.a. auch zur Entlastung der Lehrer im Bereich Problemfälle eingerichtet worden. Gegenüber den früheren Rektoren ist dies klar eine Verbesserung und Schulleiter können sich Problemfällen besser widmen.

Und dann sind auch immer noch die bisherigen Strukturen vorhanden, nämlich Eltern, Schulpflege und dann auch zahlreiche Fachstellen im Bereich Jugend und Schule. Wettingen ist diesen regionalen und überregionalen Einrichtungen angeschlossen, wir finanzieren sie mit und dieses Angebot soll auch ausgeschöpft werden.

Die Erhöhung des Stellenplanes wird v.a. damit begründet, dass Frau Peter für das Schulhaus Altenburg und Zehntenhof eingesetzt worden ist und man jetzt an allen Schulen diese Dienstleistung anbieten möchte. Wie aus der Vorlage hervorgeht, ist die Schulsozialarbeiterin aber auch schon bisher auch von anderen Schulhäusern hinzugezogen worden. D.h. also, die Verteilung der Schulsozialarbeit auf alle Schulhäuser, je nach Bedarf, funktioniert also bereits.

Drittens: Wäre die Notwendigkeit gegeben, hätten wir ja gesagt. Ich habe aber eben ausgeführt, dass dies nicht der Fall ist. In finanzieller Hinsicht ist einfach darauf hinzuweisen, dass wir wieder neue gebundene Ausgaben für die Gemeinde beschliessen. Die bürgerlichen Parteien haben sich das grosse Ziel gesetzt, das Ausgabenwachstum zu bremsen. Daran müssen wir uns aber auch in den Parlamenten halten und dürfen bei den einzelnen Sachgeschäften nicht immer kippen und neue Aufgaben beschliessen, wenn es nicht unbedingt nötig ist. Unsere Fraktion erachtet das bisherige Angebot insgesamt als ausreichend und lehnt deshalb eine Erhöhung des Stellenplans ab.

Hanspeter Koch: Der vorliegende Bericht und die Ausführungen des Schulpflegepräsidenten sind eindrücklich und haben unsere Fraktion überzeugt. Der Bericht bestätigt die sozialen Probleme, die in den einzelnen Schulkreisen stark zugenommen haben. Sie sind auch verursacht durch den gesellschaftlichen Wandel in Familien und Freizeitverhalten. Das Bedürfnis nach einer neutralen Anlaufstelle ist aus verschiedensten Gründen deutlich nachgewiesen. Es ist bisher gute und schwierige Arbeit geleistet worden in der Pilotphase. Dass die Arbeit im bisherigen Rahmen weitergeführt werden soll, ist in unserer Fraktion sehr schnell klar gewesen. Ob die Stellenprozente nun heraufgefahren werden sollen, kann offen bleiben.

Erste Bemerkung: Wird die Schulsozialarbeit richtig eingesetzt oder wird sie ausgenützt? Hier besteht nach unserer Meinung ein Optimierungspotenzial. Nicht alle gelösten Probleme, welche im Bericht aufgeführt sind, gehören in den Aufgabenbereich der Schulsozialarbeit. So seien hier beispielsweise Schwierigkeiten mit Lehrerinnen und Lehrern erwähnt. Dies wäre ihm Aufgabenkreis des Schulleiters anzusiedeln. Fragen zur Berufswahl gehören zum Berufsberater. Schul- und Lernprobleme gehören zum Lehrer.

Wir sind weiter der Meinung, dass das Pflichtenheft klar zu definieren und zu überarbeiten ist. Dieser gibt zusätzlicher Freiraum für den Schulsozialarbeiter oder die Schulsozialarbeiterin.

Bemerkung zwei: Ein Fünftel bis ein Viertel der Arbeitsstunden sind für Administration eingesetzt worden. Das ist sicher mittelfristig zu viel. Ein rechter Teil ist der Pilotphase zuzusprechen. Ein Teil sollte auch durch das Schulsekretariat erledigt werden können.

Bemerkung drei: Nicht jeder Schulkreis hat die gleichen und gleich viele Probleme. Für die Pilotphase hat man richtigerweise zwei Schulkreise gewählt, in denen die Probleme schwieriger sind. Nimmt man die beiden anderen Schulkreise dazu, verdoppelt sich die Nachfrage nicht.

Vierte Bemerkung: Mit jeder Ausweitung des Angebotes wird auch gleichzeitig das Bedürfnis geweckt. Das ist ein alter ökonomischer Grundbegriff. Es darf nicht sein, dass der Schulsozialdienst für alles Mögliche eingesetzt wird.

Nach der Diskussion all dieser Punkte sind wir trotzdem zur Überzeugung gelangt, dass es jetzt richtig ist, den zusätzlichen Stellenprozenten zuzustimmen. Wir sind aber der Meinung, dass die Stellendotation für die nächsten Jahre genügen muss. Im nächsten Rechenschaftsbericht sind die genannten Kriterien zu beleuchten.

Thomas Bodmer: Ich frage, ob der Schulsozialdienst auch den Kindergärten zur Verfügung? Ich stelle die Frage, weil bereits in den Kindergärten in einzelnen Klassen Probleme mit Kindern aus verschiedenen Kulturen bestehen.

Vizeammann Heiner Studer: Den Antrag unterbreiten wir nicht mit Begeisterung. Es ist die gesellschaftliche Realität, die uns dazu bewegt. Ich äussere mich nicht zu den Ursachen. Wir sind froh darüber, dass das Pilotprojekt gestartet werden konnte. Wir sind weiter froh, dass wir in der Person von Monika Peter die optimale Besetzung vornehmen konnten.

Die Schulsozialarbeit kann nicht andere Aufgaben übernehmen, auch wenn sie erweitert werden sollte. Sie soll niederschwellig tätig bleiben. Dort, wo andere Institutionen zuständig sind, verschafft die Schulsozialarbeit die nötigen Kontakte. Damit kommt es auch nicht zu einer Mehrfachbetreuung. Dies wäre nicht sinnvoll. Die Schulsozialarbeit versucht auch zu befähigen, gewisse Dinge selber anzupacken.

Sollte eine Erweiterung des Stellenplans vorgenommen werden, so bleibt es zum einen bei der 80 %-Stelle. Zusätzlich soll eine Stelle mit einem Pensum von 70 Prozent geschaffen werden. Für die 39 Schulwochen benötigt es eine ausserordentliche Präsenz. Die Kompensation ist während der Schulferien möglich.

Zum Einwand der FDP: Es wurde da in den Raum gestellt, dass eine Stelle genüge. Würden nur 80 % beibehalten, so könnte man nur nach dem Giesskannenprinzip die Funktionen wahrnehmen. Die Bedürfnisse sind in den Schulkreisen erhoben worden. Es ist klar, dass bei der Erhöhung nicht das gleiche Angebot für alle Schulkreise aufrecht erhalten werden kann, wie in den beiden Schulkreisen während des Pilotprojektes. Eine Optimierung wird so sein, dass die Administration zurückgenommen wird. In der Schulsozialarbeit müssen zum Glück eigentlich keine Berichte geschrieben und Einweisungen begründet werden. Es kann zugesichert werden, dass mit dem nächsten Voranschlag keine Stellenplanerhöhung beantragt wird.

Drogenbeauftragter: In der Schule existieren die Präventionsbeauftragten. Das sind Personen mit gezielten Aufträgen neben den eigentlichen Lehraufträgen. Kindergarten: Die ganze Schule hat das Recht auf den Zugang, dazu zählen auch die Kindergärten.

Schulpflegepräsident: Es ist verlangt worden, dass auch die Schulleiter einen Teil der Schulsozialarbeit übernehmen sollen. Das ist nicht möglich. Die Aufgabe der Schulleiter besteht darin, eine Führungsaufgabe im Schulkreis wahrzunehmen. Sie sind Vorgesetzte der Lehrpersonen. Sie sind zuständig für Personalführung, die Schul- und Unterrichtsentwicklung und auch für die Schulorganisation. Die Schulleitungen vertreten die Schule. Sie müssen Massnahmen und Verhaltensregeln im Schulhaus durchsetzen (z.B. Schulordnung). Die Schulsozialarbeit ist mehr für das Zwischenmenschliche zuständig. Sie geht auf die persönlichen Probleme der Schüler ein. Gerade weil es um persönliche Probleme geht, ist es wichtig, dass eine eigenständige schulneutrale Person diese Funktion versieht. Schulleitung und Schulsozialarbeit haben ganz verschiedene Aufgaben. Sie müssen getrennt bleiben.

Pia Müller: Ich habe noch etwas auf das Votum der FDP anzumerken und kann da auf etwas aufmerksam machen, das letzte Woche in der Zeitung zu lesen war. Prof. Dr. Jürgen Oelkers, Professor für allgemeine Pädagogik an der Uni Zürich, sagt, dass im Rahmen der öffentlichen Diskussionen ein Bild der Schule unterstellt wird, das heute so nicht mehr Gültigkeit hat. Es ist keine monokulturelle Schule mit günstigem Milieu. Auch die Normalfamilie ist verändert. Aus eigener Erfahrung kann ich erzählen, dass nicht nur die fremdsprachigen Kinder Probleme machen. Die Handy-Generation von Kindern, die in der Schule ist, sollte man nicht nur aufbewahren, sondern auch noch sinnvoll unterrichten. Es braucht dazu auf allen Ebenen mehr Geld. Ich bitte, der Stellenerhöhung zuzustimmen.

Marianne Ryf: Ich kann ergänzen, dass die Jugend- und Familieberatungsstelle in Baden eine Warteliste hat. Das bedeutet, dass mehr Anfragen vorhanden sind, als bewältigt werden können.

Monica Benz: Ich gestatte mir noch eine kurze Replik auf das Votum von Marianne Weber. Meine Äusserung bezüglich Drogenliberalisierung, externer Kinderbetreuung und wahrscheinlich der Lockerung der Einwanderungs- und Integrationspolitik nicht ganz richtig verstanden worden ist. Unsere Haltung ist diesbezüglich eher ablehnend und nicht befürwortend.

Beschluss des Einwohnerrates

Mit grosser Mehrheit fasst der Einwohnerrat folgende Beschlüsse:

1. Die Schulsozialarbeit wird ab Schuljahr 2004/05 definitiv weitergeführt.
2. Der Stellenplan wird ab Schuljahr 2004/05 auf 1.5 Stellen erhöht.
3. Für den Ausbau ab Schuljahr 2004/05 wird ein Kredit von Fr. 44'000.00 bewilligt (Personal/- und Sachaufwendungen für 5 Monate).

9 "The Club"; Auswertung der ersten zwei Betriebsjahre

Ruth Amacher: Im April 2001 hat der Einwohnerrat einen Kredit von Fr. 60'000.00 für die Einrichtung des Jugendraumes in den Lagerräumen der Liegenschaft am Kreuzkapellenweg 2 bewilligt. Der damals verlangte Zwischenbericht liegt nun vor.

Die Geschäftsprüfungskommission hat die in eine Jugenddisco umgewandelten Räume besucht und in Augenschein genommen. Die Räume wurden unter tatkräftiger Mithilfe der Jugendlichen in eine ansprechende Jugenddisco umgewandelt, die bei den Jugendlichen guten Anklang findet. Es finden darin verschiedene Veranstaltungen für Jugendliche von 16 bis max. 24 Jahre statt. Bei kleineren Anlässen ist immer ein Jugendarbeiter anwesend, bei grösseren öffentlichen Veranstaltungen, wie z.B. Hip Hop Anlässen mit bis zu 200 jugendlichen Besuchern, werden die Dienste von zwei bis vier Securitas-Leuten in Anspruch genommen, um einen reibungslosen Abend zu garantieren.

Die Jugendlichen betreiben unter Aufsicht selbstständig die Bar und bekommen für ihre Arbeit einen Anteil am erzielten Gewinn. Es werden keine Spirituosen und Alcopops ausgeschenkt. Wer Alkohol (Bier, Wein, Champagner) konsumieren will braucht einen Ausweis.

In den Räumen des Clubs werden auch LAN-Partys organisiert. Die Räume können für Fr. 50.00 bis 300.00 auch von volljährigen Jugendlichen oder privaten Vereinen für Geburtstagsfeiern etc. gemietet werden.

Nach der Meinung der Geschäftsprüfungskommission ist die Umwandlung der Räume in eine Jugenddisco gut gelungen, alle Beteiligten haben gute Arbeit geleistet und sich für eine gute Sache eingesetzt. Zu verbessern ist das Angebot der sanitären Anlagen. Zu Diskussionen Anlass gab der für solche Räume an der oberen Limite liegende Mietzins, der unserer Meinung nach nicht mehr den gängigen Marktmieten entspricht. Dem Gemeinderat wird deshalb vorgeschlagen mit dem Vermieter neue Verhandlungen diesbezüglich aufzunehmen.

Ansonsten stellt sie sich die Geschäftsprüfungskommission voll hinter das Projekt des „Clubs“ und findet es positiv, dass mit dem Club ein attraktiver Anziehungspunkt für die Jugendlichen in Wettingen und aus der Region geschaffen werden konnte.

Yvonne Feri: Ich spreche für die SP-Wetti-Grüen-Fraktion. Wir haben erfreut vom Bericht der ersten zwei Betriebsjahre Kenntnis genommen und befürworten auf jeden Fall die Weiterführung dieses Clubs.

Im Club verkehren Jugendliche aus verschiedenen Nationen. An den Besucherzahlen gemessen, ist es ein sehr beliebter Treffpunkt. Scheinbar kommen sogar Jugendliche aus Basel nach Wettingen! Mehrheitlich ist es ein friedliches Beisammensein. Es wird getanzt, diskutiert, Billard gespielt. Die Bar wird von den Jugendlichen - meist bei geringer Entschädigung, manchmal sogar ohne Verdienst - selber betrieben. Der Musikstil hat sich im Laufe der zwei Jahre mehrmals verändert. Auch beim Durchsehen der Events fällt auf, dass über Hip-Hop, zu Techno, Latin und Ragga Partys alles vertreten ist. Ab und zu finden auch LAN-Partys statt.

Aus der Nachbarschaft kamen bis jetzt nur geringfügige Reklamationen. Einmal sogar bei einer Privatparty von Erwachsenen!

Es ist ein Bedürfnis für die Jungen, Tanzanlässe und Ähnliches durchführen zu können. Die Partys sind wichtig für die soziale Entwicklung. Es entstehen Freundschaften,

verschiedene Nationen treffen aufeinander, die Jugendlichen hängen nicht auf der Strasse rum, der Eintritt ist bezahlbar und es werden keine Spirituosen ausgeschenkt!

In der Entwicklungspsychologie wird der sogenannte "Peer"-Raum als besonders wichtig eingestuft. Er ist für die individuelle Entwicklung enorm wichtig. Die Jugendlichen brauchen die Abgrenzung von den Erwachsenen um sich mit gleichaltrigen zu messen und auszutauschen – und dies in einem geschützten Rahmen. Ein sehr geglückter Ort für unsere Jugend!

Marianne Weber: Es ist bereits erwähnt worden, dass noch verschiedene Wünsche der Jugendlichen offen. Ich bin klar der Auffassung, dass eine zusätzliche Toilette Sache des Vermieters wäre, vor allem angesichts des hohen Mietzinses.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Die Anregungen der Geschäftsprüfungskommission betreffend Mietzins und WC werden von Gemeinderat entgegen genommen.

Rolf Aebi: Die FDP hat Bericht zur Kenntnis genommen. Das Angebot ist gut und wichtig, neben dem Internet-Kaffee an der Schartenstrasse und der Villa Fluck. Der Verein Jugendarbeit besteht schon 20 Jahre. Bei dieser Gelegenheit soll den Vorstandsmitgliedern des Vereins Jugendarbeit für die tolle Arbeit gedankt werden.

Dr. Charles Meier: Zu den vielen positiven Meldungen muss etwas Negatives beigefügt werden. Es ist nicht richtig, dass die Umgebung sauber gehalten wird. Ich habe mich in der Nachbarschaft erkundigt. Es hat Sprayerein gegeben. Die Kapelle musste neu gestrichen werden. Im Vorraum der Kapelle hat es einen grossen Zigarettenunrat. Auch zwischen der Kapelle und dem Brunnen ist Unrat anzutreffen. Von einem anderen Mieter war zu erfahren, dass Dreck unter die Storen gekehrt werde.

Die Wiese auf der Ostseite vor der denkmalgeschützten Kapelle ist mit Werbetafeln verstellt. Ich benütze die Gelegenheit um darauf aufmerksam zumachen, dass die Gemeinde Wettingen die Kapelle vernachlässigt. Erst vor Kurzem haben wir unsere Kulturbeflissenheit gelobt. Unsere Kultur ist bei dieser Kapelle zu besichtigen. Diese wird im Moment von beiden Seiten her zugemauert. In wenigen Jahren kann die Kapelle auf einen Tiefganganhänger gestellt und exportiert werden. Es hat sogar eine Firma den Namen der Kreuzkapelle zu ihrem Firmennamen gemacht (Kreuzkapelle AG). Weder die Kirchgemeinde noch die Gemeinde haben etwas dagegen eingewendet. Ich bitte die Gemeinde der denkmalgeschützten Kreuzkapelle etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Schliesslich war in der Vorlage nichts zu lesen, wer für die Miete aufkommt. Das musste in den alten Akten nachgesehen werden.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Für die Kapelle ist die Kirchgemeinde zuständig, das hat nichts mit Kultur zu tun. Für die Miete sind im Budget Fr. 30'000.00 enthalten. Die Sprayereien können nicht unbedingt den Jugendlichen angelastet werden. Es waren schon Personen vertrieben worden, die auf dem Areal der Elf sich aufgehalten haben.

Thomas Bodmer: In der Vorlage ist zu lesen, dass an die unter 16jährigen Besucher kein Alkohol ausgeschenkt werde. Weiter ist zu lesen, dass der Wunsch bestehe, an Jugendliche noch Spirituosen ausschenken zu können. Es soll mit dem Club aber keine Konkurrenz zu den öffentlichen Gastwirtschaften entstehen.

Beschluss des Einwohnerrates

Mit grosser Mehrheit, bei einer Enthaltung, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Der Bericht über die beiden ersten Betriebsjahre von "The Club" wird zur Kenntnis genommen.

10 Postulat Weber Marianne vom 6. November 2003 betreffend Stickoxidmessungen in der Wettinger Luft, Abschlussbericht; Entgegennahme

Marianne Weber: Ich stelle meinen Vorstoss unter das Motto: "Tue Gutes und sprich davon". Während 11 Jahren sind in vorbildlicher Weise die Emissionen gemessen worden. In den Aufzeichnungen sind nicht nur die Stickoxide enthalten. Das Projekt verlangt nach dem Abschluss nach einer Überprüfung. Es muss gefragt werden, ob die gesteckten Ziele erreicht worden sind. Ein Ziel wäre ja gewesen, die Stickoxid-Emissionen zu senken. Das ist nicht erreicht worden. Es wäre nun zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden können, um das Ziel doch noch zu erreichen. Ich danke für die Entgegennahme.

Abstimmung:

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

11 Postulat Markus Maibach vom 26. Juni 2003 betreffend Kunst am Kreisel; Entgegennahme

Markus Maibach: Kreisel haben sich verkehrstechnisch bewährt. In Wettingen bestehen bereits diverse Kreisel. Bald wird - wenn das Volk es am 8. Februar 2004 beschliesst - einer mehr entstehen und ein anderer definitiv erstellt. Kreisel sind Blickfänge und damit eine Chance für die Gestaltung. Heute sind die Kreisel in erster Linie Blumenbeete und Lichtmasten. Man kann mehr aus ihnen machen. Aktuell verweise ich auf das Beispiel in Birmenstorf. Das Postulat fordert den Gemeinderat in sehr allgemein auf, damit er den Spielraum selbst gestalten kann.

Dr. Charles Meier: Was passiert denn konkret? Nach dem Postulat soll der Gemeinderat prüfen. Die Kreisel sollen keine Kunstausstellungsplätze werden. Sie sollen dem Verkehrsfluss und der Verkehrssicherheit dienen. Ich opponiere nicht dem Postulat, aber es soll kein Freibrief für Kunstwerke sein.

Abstimmung:

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

Wettingen, 5. Februar 2004

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Präsident:

Marcel Huggenberger

Protokollführer:

Urs Blickenstorfer